

Verbraucher sind übel gelaunt

BERLIN rtr ■ Die Stimmung der deutschen Verbraucher hat sich in diesem Juli deutlich verschlechtert. Schuld sind die anhaltenden Debatten um den Wirtschaftsstandort Deutschland. Viele Bürger gingen davon aus, dass sie die Verlierer der Reformen seien, und hielten sich deshalb mit dem Kaufen zurück, erklärte gestern Rolf Bürkl von der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). Das GfK-Konsumklima schwächte sich innerhalb eines Monats von 3,9 Punkten auf 3,4 ab. Die GfK befragt jeden Monat rund 2.000 Personen. Und ihnen lasten derzeit die Debatten um Arbeitszeit, Stellenverlagerung und Reformen auf dem Gemüt. Eine Wende sei erst zu erwarten, wenn die Verbraucher mit einer Entspannung des Arbeitsmarktes und einem Ende der „finanziellen, teilweise sogar existenziellen Versicherung“ rechnen könnten, sagten die Konsumforscher. Der Handel gab sich angesichts der Zahlen gelassen. Der Sprecher des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels (HDE), Hubertus Pellengahr: „Wir wollen da nicht so schwarz malen.“

Zu wenig Abfall für die Wirtschaft

BERLIN rtr ■ Trotz positiver Konjunkturprognosen sieht die deutsche Abfallwirtschaft nach eigenen Angaben noch keine Anzeichen für einen deutlichen Aufschwung ihrer Branche. „Steigende Abfallmengen lassen auf sich warten“, sagte gestern der Chef des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE), Bernard Kemper. Einer Umfrage unter den 900 Firmen des Verbands zufolge haben 44 Prozent der Unternehmen im ersten Halbjahr Umsatzverluste verzeichnet. Fast jede zweite Firma berichtete von rückläufigen Erträgen. Den Entsorgern bereite vor allem der anhaltende Kostendruck Probleme, erläuterte Kemper. Höhere Ausgaben könnten kaum über steigende Preise ausgeglichen werden. Mit einer nachhaltigen Verbesserung der Erlöslage sei auch in Zukunft nicht zu rechnen. Nach Verbandsangaben erwartet die Branche jedoch allmählich stabilere Erträge: 30 Prozent der auf Entsorgung spezialisierten Unternehmen wollen in den kommenden Monaten ihre Investitionen steigern.

Geheime Genfelder vor Gericht

MAGDEBURG op ■ Greenpeace will mit juristischen Mitteln gegen die Geheimniskrämerie beim Anbau von Genmais in Sachsen-Anhalt vorgehen. Gestern reichten die Umweltschützer eine Klage gegen die Landesregierung beim Verwaltungsgericht Magdeburg ein. Ziel sei ein Gerichtsbeschluss auf Akteneinsicht, damit die Standorte der umstrittenen Genmais-Felder endlich öffentlich würden, erklärte Gentechnikexperte Henning Strothoff. Die Geheimhaltung verstöße gegen das geplante neue Gentechnikgesetz und geltendes EU-Recht. Deshalb käme auch eine Musterklage bis vor den Europäischen Gerichtshof infrage. Seit dem Frühjahr wächst Genmais auf insgesamt 300 Hektar in sieben Bundesländern. Wo die Felder liegen, ist geheim. So solle Zerstörungen vorgebeugt werden, sagte Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Horst Rebberger (FDP). Sachsen-Anhalt leitet das bundesweite Projekt, bei dem das Nebeneinander von Hightech- und herkömmlichen Pflanzen untersucht werden soll.

Heuschrecken fressen Ernte in Afrika auf

Landwirtschaftsminister aus neun Staaten suchen nach Strategien gegen die schlimmste Plage seit 15 Jahren. Sie fordern auch internationale Hilfe. Besonders betroffen ist Mali. Doch auch in Darfur könnten die Insekten alles noch schlimmer machen

AUS MONROVIA
HAKHEEM A. JIMO

In Nordwestafrika und der Sahelregion droht die schlimmste Heuschreckenplage seit 15 Jahren. Zurzeit suchen die Landwirtschaftsminister von neun betroffenen Ländern auf einer Konferenz in Algier nach der richtigen Strategie und vor allem internationale Hilfe. Angesichts der großen Bedrohung ganzer Landstriche müsse die internationale Gemeinschaft beim Zurückdrängen der Plage helfen, sagte Algeriens Regierungschef Ahmed Ujahia bei der Eröffnung des Treffens.

Die Heuschrecken haben bereits sechseinhalb Millionen Hektar in Mitleidenschaft gezogen. Gebiete in neun afrikanischen Ländern sind betroffen: Marokko, Mauretanien, Algerien, Mali, Senegal, Libyen, Burkina Faso, Niger und Sudan. Die Vereinten Nationen sprechen von der größten Bedrohung für Ernte und Vegetation in diesem Teil Afrikas seit 15 Jahren. Die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, FAO, hatte bereits im Februar erste Warnungen herausgegeben. Damals stellte die FAO ungewöhnlich hohe Anzeichen der Vermehrung unter den Heuschrecken in den Brutstätten südlich des Atlas-Gebirges in Marokko und Algerien fest.

Ursprünglich aber nahm das Unheil bereits in den Sahelstaa-



Sorgt zurzeit für große Probleme in Afrika: Heuschrecke FOTO: REUTERS

ten seinen Lauf. Bereits im Sommer vor einem Jahr begünstigte untypisch starker Regenfall eine hohe Vermehrung der Heuschrecken. Mit Beginn der heißen Trockenzeit flogen die Insekten in Richtung Norden über die Sahara nach Marokko und Algerien, wo sie ebenfalls gute Bedingungen für ihre Vermehrung antrafen. Nun sind sie auf dem Weg zurück – zu einem Zeitpunkt, an dem die Sahelregion der Regenzeit zugeht und die Landschaft für kurze Zeit grünt. Auch das begünstigt die Fortpflanzung der Tiere.

Eine Heuschrecke wiegt zwei Gramm – und frisst genauso viel Grünzeug jeden Tag. Weil in einem Schwarm ein paar hundert Millionen und manchmal auch mehrere Milliarden Insekten unterwegs sind, kann eine einzige Heuschreckenwolke so viel wie mehrere tausend Menschen verzehren. Die Fläche, die ein Schwarm einnimmt, reicht von weniger als einen Quadratkilometer bis hin zu mehreren hundert. Dabei fliegen in einem Schwarm mittlerer Dichte rund 50 Millionen Heuschrecken auf einen Quadratkilometer.

In Mauretanien sichten die Behörden innerhalb des vergangenen Monats rund 50 Schwärme, in Mali seit April etwa 40. Der letzte große Anflug Mitte Juli hatte dort eine Größe von 15 Quadratkilometer und zählte 150 Millionen Insekten.

Der Kampf gegen die Plage fällt in den einzelnen Staaten unterschiedlich aus. Die verhältnis-

mäßig reicheren Länder Marokko und Libyen hatten frühzeitig weite Flächen mit Insektengift besprüht. Das Hauptproblem liegt weiter südlich, hinter der Sahara. Die Regierung von Mali zum Beispiel rief vor zwei Jahren eine eigens auf den Kampf gegen Heuschrecken spezialisierte Einheit ins Leben. Aber es fehlt an allem: Geld, Ausrüstung und Personal.

Dabei könnte Mali bei der längsten Heuschreckenplage am schwersten betroffen werden, so Befürchtungen der Welternährungsorganisation. Dem schlimmsten Szenario zufolge müssen in dem Land 800.000 Hektar besprüht werden. Im Senegal liegen die Schätzungen bei bis zu 300.000 Hektar. Beide Länder rechnen im ungünstigsten Fall mit Kosten von jeweils zehn Millionen US-Dollar.

Die Krisenkonferenz in Algerien dürfte also auch dazu dienen, die Szenarien und erforderlichen Mittel in Einklang miteinander zu bringen. Die mauretanische Regierung sprach von notwendiger finanzieller Hilfe von über 80 Millionen US-Dollar, die Welternährungsorganisation geht von neun Millionen US-Dollar aus. So viel wurde den betroffenen Ländern auch an Hilfe zugesagt.

Die Heuschreckenschwärme könnten auch die Darfur-Region im Westen Sudans erreichen und die dortige, zurzeit weltweit schlimmste humanitäre Katastrophe weiter verschärfen.

Spagat bei Regenwaldnutzung

Umweltschützer kritisieren aktuelle Verhandlungen zum Tropenholzabkommen. Nicht der Erhalt des Waldes, sondern wirtschaftliche Ziele stünden im Vordergrund

GENF taz ■ In Genf wird noch bis Freitag über eine Neufassung des Internationalen Tropenholzabkommens (ITTA) verhandelt. Seit 1983 wird das ITTA etwa alle zehn Jahre neu von Mitgliedern der Internationalen Tropenholzorganisation (ITTO) verhandelt. Kritiker bemängeln aber, dass dabei vor allem wirtschaftliche Ziele im Vordergrund stehen.

Die Organisation besteht aus insgesamt 59 Staaten, die Tropenholz produzieren oder importieren. Darunter sind Indonesien, Brasilien, die USA und Deutschland. Aufgabe der ITTO ist es, den Handel mit der Ressource zu fördern und ihn zugleich nachhaltig zu gestalten. Das zu verhandelnde Abkommen bewegt sich also im Spannungsfeld zwischen Handels- und Umweltvereinbarung – und sorgt für Kritik.

Die Umweltverbände bezweifeln grundsätzlich die Ziele der ITTO. Es sei fraglich, ob die Organisation zum Schutz des Regenwaldes überhaupt Sinn macht.

„Sie ist Teil des Problems“, sagt Jens Wieting von der Aktionsgemeinschaft „Robin Wood“. Die Tropenholzlobby sorge hier dafür, dass aufgrund unverbindlicher Vereinbarungen die Interessen der indigenen Bevölkerung übergangen werden. Zum großen Teil seien die ITTO-Mitgliedstaaten für den Handel mit illegalem Holz verantwortlich.

Die gemeinnützige Organisation „Forest Trends“ kritisiert zudem, dass in Genf zwar Delegierte der Mitgliedstaaten, jedoch keine Urwaldbewohner teilnehmen. Eine kürzlich von „Forest Trends“ veröffentlichte Studie hatte jedoch ergeben, dass die Bemühungen der Indios zum Schutz des Urwaldes oft ebenso effektiv seien wie die Maßnahmen nationaler Regierungen.

Hierbei käme ihnen und anderen Waldbewohnern eine Schlüsselrolle zu, da sie jährlich zwischen 1,2 und 1,6 Milliarden US-Dollar in Form von Zeit, Geld und Arbeit investieren. Die Verfasser der Studie hatten rund 180

Berichte betroffener Länder ausgewertet. Demnach würden derzeit mindestens 370 Millionen Hektar Tropenwald durch die lokale Bevölkerung nachhaltig verwaltet und genutzt.

Nach Angaben von „Forest Trends“ ist aber bei dem derzeit zu verhandelnden ITTA-Entwurf gerade die Passage weggefallen, die noch in der Fassung von 1994 Bezug auf die Interessen der Indios genommen hatte.

Die Organisation fordert nun, dass der Waldbevölkerung stärkere Rechte in Produktion und Verkauf der Güter des Waldes und diesbezüglich mehr Mitspracherecht eingeräumt sowie ihre Leistungen zum Schutz des Urwaldes anerkannt werden.

„Forest Trends“ bezieht sich dabei auch auf die im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen beschlossenen „Millenniumziele“. Demnach könnten die Vorschläge nachhaltiges Bewirtschaften der Wälder sichern und extreme Armut und Hunger reduzieren helfen. FRANZISKA DÄHN

Vodafone schreddern

Aus Protest gegen versuchte Steuerersparnis vernichtet Attac heute private Handy-Verträge mit Vodafone

BERLIN taz ■ Zur nächsten Stufe des Protests gegen den Telekomkonzern Vodafone schreiben heute die Globalisierungskritiker von Attac. Vor der Düsseldorfer Firmenzentrale wollen sie rund 40 Handy-Verträge und Kündigungsschreiben in einen Schredder stecken. Die Unterlagen stammen von ehemaligen Privatkunden von Vodafone, die nicht mehr mit dem Unternehmen telefonieren wollen.

Hintergrund der Aktion ist der Antrag des Konzerns beim Finanzamt Düsseldorf, durch die Verrechnung von Bilanzverlusten mit seinen Gewinnen bis zu 20 Milliarden Euro Ertragssteuern zu sparen. Die Bilanzverluste waren entstanden, nachdem Vodafone die Mannesmann AG im Jahr 2000 überteuert aufgekauft hatte.

Insgesamt hat Attac bislang „mehrere hundert Kündigungen“ registriert. Die Aktivisten gehen davon aus, dass es tatsächlich viel mehr sind. Die genauen Zahlen kennen sie aber nicht –

gestern filterten sie noch rund 24.000 Protestmails an Vodafone, die Privatleute seit dem 5. Juli mittels der Attac-Webseite verschickt haben. Attac hat bislang nicht explizit zur Kündigung von Vodafone-Verträgen aufgerufen. Die Organisation will abwarten, wie sich ihre „Vodaklau“-Kampagne entwickelt.

In diversen Städten hat Attac mittlerweile öffentliche Aktionen vor Vodafone-Filialen organisiert. In Göttingen erhielten die Protestler einen Platzverweis. In München beschlagnahmte die Polizei Informationsmaterial am Attac-Stand, weil der Hinweis auf den Verantwortlichen auf den Flugblättern gefehlt habe.

Vodafone selbst macht keine Angaben zu Kündigungszahlen. Das Unternehmen hat nach eigenen Informationen 25,5 Millionen Kunden in Deutschland, die Hälfte davon mit festen Verträgen. 2000 hat Vodafone das D2-Mobilfunknetz der Mannesmann AG übernommen. KOCH www.vodaklau.de

Stromkonzerne könnten Weltmeister werden

DIW: Zertifikatshandel ist historische Chance für deutsche Energiekonzerne. Kabinett billigt Energiewirtschaftsgesetz

BERLIN taz ■ Die Deutsche Energiewirtschaft hat große Chancen, sich eine weltweite Marktführerschaft zu sichern – allerdings nur, wenn sie zügig investiert. Zu diesem Schluss kommt eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW), die gestern in Berlin vorgestellt wurde.

Die Chance ist eher zufällig: In den nächsten 10 bis 20 Jahren muss fast die Hälfte des konventionellen deutschen Kraftwerksparks erneuert werden. Da heute der Klimaschutz ein relevanter Kostenfaktor ist, stärke sich der Akteur im Wettbewerb, der

rechtzeitig in zukunftsweisende Technologien investiert. „Die meisten der weltweit aktiven Energiekonzerne haben diese Chance nicht, weil ihre Kraftwerke noch nicht abgeschrieben sind“, sagt die Volkswirtschaftsprofessorin Claudia Kemfert, Abteilungsleiterin Energie beim DIW.

Deutschland ist für knapp ein Viertel der Treibhausgasemissionen in Europa verantwortlich und damit größter Einzelverursacher. Um die Kohlendioxid-Emissionen weiter zu senken, hatte die EU 2003 eine Richtlinie

zum Handel mit Emissionsrechten verabschiedet. Bundesumweltminister Trittin musste sich bei der Ausgestaltung dieser Richtlinie viel Kritik der Energiewirtschaft gefallen lassen, die Wettbewerbsnachteile auf dem europäischen Markt befürchtete. Das DIW kommt nun zum gegenteiligen Schluss: Die Befürchtungen seien völlig unbegründet. Eine DIW-Modellsimulation zeigt, dass der Handel den großen deutschen Strombietern einen Gewinnzuwachs bringt. „Würde der Zertifikatspreis bei 20 Euro liegen, könnte nach un-

seren Berechnungen beispielsweise Eon seinen Gewinn um ein halbes Prozent steigern“, so Kemfert.

Allerdings: Diese Vorteile lassen sich nur umsetzen, wenn die deutschen Konzerne bald investieren. Daher müssten jetzt die Ausgaben in Forschung und Entwicklung für erneuerbare Energien und andere umweltfreundliche Technologien drastisch erhöht werden.

Wegen der langen Amortisationszeit eines Kraftwerks brauchen die Konzerne allerdings Investitionssicherheit. Diese soll

das Energiewirtschaftsgesetz garantieren, das gestern vom Kabinett beschlossen wurde. Es sieht unter anderem zum 1. Januar 2005 eine Regulierungsbehörde für den Strom- und Gasmarkt vor, die für mehr Wettbewerb sorgen soll. „Energiepreise werden billiger“, erklärte Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement. Verbraucherschützer bezweifeln das allerdings. Zweifel, die die Opposition teilt. „Die Regulierungsbehörde sollte so unabhängig werden wie die Bundesbank“, forderte etwa Saarlands Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi (CDU). Eine Forderung, die Relevanz hat: Das Energiewirtschaftsgesetz ist im Bundesrat zustimmungspflichtig. NICK REIMER

www.bmw.bund.de